



Datenschutz in der digitalen Welt

Themenpapiere der Fraktion

Das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung ist für DIE LINKE Leitfaden zur Gestaltung kommunikativer Beziehungen in der heutigen und zukünftigen Gesellschaft. Privatsphäre wird im Netz zur Ware. Dem setzen wir einen freien und selbstbestimmten Umgang mit Daten entgegen. Die Rahmenbedingungen dafür sollten nicht von kommerziellen, sondern gesellschaftlichen Interessen bestimmt werden.

Die „allgegenwärtige“ Datenverarbeitung (Ubiquitous Computing) hat dazu geführt, dass wir bei fast allem, was wir tun, Datenspuren hinterlassen. Die Möglichkeit zur Nutzung von Diensten im Internet sollte deshalb nicht an eine Einwilligung in die Datenerhebung oder -weitergabe gekoppelt sein. DIE LINKE fordert, die in der neuen 2018 beschlossenen EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) vorgesehene Stärkung der Informations- und Widerspruchsrechte der Nutzerinnen und Nutzer, Regelungen zur Nutzung datenschutzfreundlicher Technik (Privacy by Design) und für datensparsame Grundeinstellungen bei Webdiensten (Privacy by Default) und zum "Recht auf Vergessen" konsequent in den deutschen Rechtsvorschriften umzusetzen und noch vorhandene

Spielräume im Sinne der Bürgerinnen und Bürger zu nutzen. Nicht ausreichend geregelt ist dort beispielsweise das Recht, bei einem Anbieterwechsel die eigenen Daten „mitzunehmen“ (Datenportabilität). Bei Smart Metering im Rahmen der Energieversorgung, bei Gesundheitsdiensten sowie beim Cloud Computing muss ein hohes technisches Schutzniveau eingehalten werden.

Die DSGVO ist ein Kompromiss vieler teils gegensätzlicher Interessen, der stark durch Lobby-Aktivitäten der datenverarbeitenden Unternehmen beeinflusst wurde. Die Bundesregierung hat versäumt, die Bevölkerung angemessen über die Anwendung zu informieren, nicht zuletzt, weil sie an einem starken Datenschutz wenig Interesse hat. DIE LINKE kritisiert das und fordert klare Vorgaben und Hilfestellungen für die Umsetzung, die von Blogger*innen, Vereinen, KMU, Selbständigen und allen andere Betroffenen rechtssicher bewältigt werden können.

Die in der Verordnungen vorgesehenen Sanktionen gegen Unternehmen, die gegen Datenschutzauflagen verstoßen haben, müssen konsequent durchgesetzt werden. Dazu gehört eine Stärkung der Datenschutzbeauftragten vor allem in personeller Hinsicht.

DIE LINKE fordert eine rasche und bürgerrechtsfreundliche Umsetzung der EU-Datenschutzgrundverordnung gerade im Hinblick auf die fortschreitende Digitalisierung der Lebenswelt. Das Internet bietet fast unbeschränkte Möglichkeiten, mit anderen Menschen in Kontakt zu treten, Informationen zu verbreiten und zu suchen. Die rechtliche Ausgestaltung dieses neuen sozialen Raums muss auf den Schutz der Privatsphäre, und nicht auf ihre kapitalistische Inwertsetzung durch Sammeln und Auswerten persönlicher Daten ausgerichtet sein.

**Weiterführende Informationen zum Thema wie
Parlamentarische Initiativen, Reden,
Publikationen oder Pressemitteilungen finden
Sie über unsere Suche.**